

Protokoll über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Mobilität und Umwelt

Sitzungsdatum: Donnerstag, 05.03.2026
Sitzungsbeginn: 17:01 Uhr
Sitzungsende: 19:02Uhr
Ort, Raum: Sitzungssaal des Rathauses, Lindenstraße 41/43, 49152 Bad Essen

Anwesend:

Herr Dr. med. Hans-Georg Kok	1.Vorsitzender
Herr Michael Kleine-Heitmeyer	2.Vorsitzender
Herr Frank Bornhorst	
Herr Klaus Haasis	
Herr Michael Höckmann	
Frau Angelika Kleine-König	
Herr Ralf Lange	
Herr Siegfried Lippert	
Herr Klaus Polack	
Herr Matthias Borchert	Klimaschutzmanager / Protokollführer
Herr Timo Natemeyer	Bürgermeister der Gemeinde Bad Essen

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls der Ausschusssitzung vom 25.11.2025
3. Verwaltungsbericht
4. Haushaltsplan 2026 -Maßnahmen für den Klimaschutz-
Vorlage: BV/FD3/2026/789
5. Kommunale Wärmeplanung – Beschlussfassung
Vorlage: BV/FD3/2026/788
6. Aktuelle Herausforderungen im ÖPNV
Schwerpunkt: Fahrpläne und Anschlussbeziehungen im Busverkehr (Gemeinde Bad Essen)
Vorlage: OV/FD3/2026/048
7. Mitteilungen und Anfragen

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und der Tagesordnung

Ausschussvorsitzender Dr. Kok eröffnet die Sitzung um 17:01 Uhr. Er begrüßt die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung sowie zwei Zuhörer und die Presse.

Herr Dr. Kok stellt die ordnungsgemäße Ladung, die anwesenden Ratsmitglieder sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er weist auf den nachträglich eingeführten TOP 6 hin, woraufhin die Tagesordnung einstimmig angenommen wird.

zu 2. Genehmigung des Protokolls der Ausschusssitzung vom 25.11.2025

Ratsherr Klaus Polack trägt im Auftrag von Ratsfrau Elke Eilers einen Änderungswunsch zum vorliegenden Protokoll vor, der sich auf ihre Ausführungen zum Radverkehrskonzept in der letzten Sitzung bezieht. Die kurze Aussprache dazu ergibt, dass nach dem Dafürhalten derjenigen Ausschussmitglieder, die an der letzten Sitzung teilgenommen haben, die in Rede stehenden Ausführungen von Frau Eilers korrekt und vom Umfang her angemessen im Protokoll wiedergegeben sind. Daraufhin wird über das vorliegende Protokoll abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	5
Nein:	0
Enthaltung:	4

zu 3. Verwaltungsbericht

Klimaschutzmanager Matthias Borchert berichtet über folgende Punkte:

KlimaEvent

Das Verbundprojekt (Uni/HS OS) *KlimaEvent – klimaangepasste Events (2023 – 2026)* untersucht, wie Veranstaltungen wie der *Historische Markt* in der Gemeinde Bad Essen zukunftsfähig gegenüber den Folgen des Klimawandels gestaltet werden können.

Im Fokus stehen Klimaanpassungsmaßnahmen entlang der Wertschöpfungsketten, die Akteure vor Ort befähigen, Risiken wie Starkregen und Hitze besser zu managen. Der Historische Markt dient dabei als Reallabor für die Analyse von Herausforderungen und Potenzialen klimafreundlicher Veranstaltungsplanung.

Komponenten wie VR-Planspiele sensibilisieren Besucher spielerisch für Klimaanpassung und -wirkung auf traditionelle Marktszenarien.

Ziel ist ein praxisnaher Maßnahmenkatalog, der nicht nur Bad Essen, sondern auch anderen Kommunen Orientierung für klimaresiliente Events bietet.

Am Mittwoch, 25.02.2026 fand dazu die Abschlussveranstaltung im Caprivi-Campus Osnabrück statt.

Freiflächen-Photo-Voltaik (FFPV)

Der Klimaschutzmanager der Gemeinde Bad Essen stellt dem Ausschuss eine Übersicht zu möglichen Flächen für Freiflächen-Photovoltaik (FFPV) im Gebiet der Gemeinde Bad Essen vor. Grundlage der Darstellung sind die Restriktionsflächen aus dem Solarkataster des Landkreises Osnabrück. Diese weisen Bereiche aus, in denen eine Nutzung für Freiflächen-Photovoltaik aufgrund bestimmter Rahmenbedingungen eingeschränkt oder ausgeschlossen ist. Zu den maßgeblichen Restriktionsgründen zählen unter anderem eine zu hohe Bodenpunktzahl, naturschutzfachliche Schutzgebiete, Waldflächen, Gewässer und Gewässerrandstreifen, Siedlungs- und Verkehrsflächen, Rohstoffgewinnung sowie weitere fachplanerische Vorgaben.

Die entsprechenden Ausschlussflächen wurden im Zuge der kommunalen Wärmeplanung im Rahmen der Potentialanalyse im digitalen Zwilling der Gemeinde aufbereitet. Auf dieser Grundlage werden Flächen dargestellt, die nach aktueller Datengrundlage keine der genannten Restriktionen aufweisen und somit grundsätzlich als Positivflächen für eine mögliche Nutzung durch Freiflächen-Photovoltaik in Betracht kommen.

Für den zukünftigen Umgang mit Projektanfragen erläutert Matthias Borchert das vorgesehene Vorgehen. In einem ersten Schritt erfolge eine fachliche Vorprüfung, bei der geprüft wird, ob die angefragten Flächen nach der derzeitigen Datengrundlage frei von den genannten Restriktionen sind. In einem zweiten Schritt werde der Politik entsprechende Vorhaben zur Beratung und Entscheidung vorgelegt. Die abschließende Bewertung erfolge dabei im Einzelfall durch politische Beschlussfassung.

Entsiegelungskataster

Der Klimaschutzmanager informiert den Ausschuss über die aktuellen Anforderungen aus § 19 des Niedersächsisches Klimagesetz NKlimaG zum Aufbau eines kommunalen Entsiegelungskatasters. Danach sind alle Gemeinden verpflichtet, potenziell entsiegelbare Flächen im Gemeindegebiet systematisch zu erfassen und in ein landesweit geführtes digitales Kataster einzutragen. Die erstmalige Erfassung muss spätestens bis zum 31.12.2026 erfolgen. Das Land stellt hierfür eine zentrale elektronische Anwendung bereit, über die die Daten eingepflegt und künftig fortlaufend aktualisiert werden.

Im Rahmen der Vorstellung wird erläutert, dass die Kommune zunächst mögliche Entsiegelungspotenziale identifizieren und dokumentieren muss. Hierzu zählen beispielsweise überdimensionierte Parkplatz- und Verkehrsflächen, versiegelte Flächen an Schulen oder Verwaltungsgebäuden, brachliegende Gewerbeflächen sowie befestigte Hof- oder Lagerflächen. Diese Flächen können perspektivisch in Grünflächen oder Versickerungsflächen umgewandelt werden und werden im Kataster entsprechend als potenzielle Entsiegelungsflächen geführt.

In der Übersicht sind beispielhaft verschiedene Flächen im Gemeindegebiet markiert, die grundsätzlich als Entsiegelungspotenzial in Betracht kommen könnten. Die Darstellung dient zunächst als Arbeitsgrundlage für die weitere Prüfung und Systematisierung der Flächen.

Der Klimaschutzmanager weist darauf hin, dass das Gesetz derzeit keine unmittelbare Verpflichtung zur tatsächlichen Entsiegelung vorsieht. Die gesetzliche Pflicht bestehe zunächst darin, entspre-

chende Potenziale zu identifizieren, systematisch zu erfassen und das Kataster kontinuierlich fortzuschreiben. Eine spätere Umsetzung konkreter Entsiegelungsmaßnahmen bleibe weiterhin Gegenstand kommunaler Planungs- und Entscheidungsprozesse.

Bürger-Energie-Gespräche

Im Rahmen des KommNN-Nachhaltigkeitslabels informiert der Klimaschutzmanager über ein neues Beteiligungsformat der Arbeitsgruppe Klima und Energie. Geplant ist die Durchführung von sogenannten Bürgerenergiegesprächen in verschiedenen Ortschaften des Gemeindegebiets. Ziel des Formats ist es, den Austausch zwischen Bürgerschaft, Fachakteuren und Verwaltung zu stärken und zugleich praxisnahe Informationen zur Energiewende bereitzustellen.

Der Auftakttermin ist für Ende April in Wehrendorf vorgesehen. Die Veranstaltung wird als niedrigschwelliges Informations- und Dialogformat konzipiert. Vorgesehen sind unter anderem Erfahrungsberichte von Bürgerinnen und Bürgern, die bereits Maßnahmen wie eine Heizungsmodernisierung oder die Installation einer Photovoltaikanlage umgesetzt haben.

Ergänzend ist die Beteiligung der Verbraucherzentrale Niedersachsen vorgesehen, um eine unabhängige Beratungsperspektive einzubringen. Darüber hinaus ist geplant, regionale Wärmepumpen-Installationsbetriebe sowie Hersteller einzubinden, die ihre technischen Lösungen vorstellen.

Im Mittelpunkt der Gespräche stehen insbesondere Fragen zur Wirtschaftlichkeit, zu aktuellen Fördermöglichkeiten sowie zur praktischen Umsetzbarkeit entsprechender Maßnahmen im Gebäudebestand. Die Veranstaltung dient zugleich der Vernetzung lokaler Akteure und der besseren Sichtbarmachung bestehender Beratungs- und Unterstützungsangebote. Bei positiver Resonanz ist vorgesehen, das Format auch in weiteren Ortschaften des Gemeindegebiets auszurollen.

Zahlen Fahrradverleih 2025

Der Ausschuss befasst sich mit den aktuellen Nutzungszahlen des kommunalen Fahrradverleihs. Die Zahlen wurden auf Wunsch aus dem Ausschuss von der Verwaltung angefragt und vorgestellt. Für den Zeitraum vom 01.03.2025 bis zum 31.10.2025 ergeben sich insgesamt 43 Verleihvorgänge. Davon entfallen 32 Ausleihen auf den regulären Tagespreis, 9 Ausleihen auf den ermäßigten Tarif mit Kurkarte sowie 2 Ausleihen auf Langzeitverleih mit einer maximalen Dauer von bis zu sieben Tagen.

Seitens der Verwaltung wird darauf hingewiesen, dass die Verleihstation im Jahr 2025 erst verspätet in Betrieb genommen werden konnte. Die neue Station wurde am 26.08.2025 eröffnet, wodurch ein Großteil der Saison kaum genutzt werden konnte und die Vermarktung sowie die Nutzungsmöglichkeiten entsprechend sehr eingeschränkt waren.

Im Ausschuss wird die Entwicklung der Verleihzahlen kritisch diskutiert. Einzelne Mitglieder äußern deutliche Unzufriedenheit mit der bisherigen Auslastung des Angebots. Ratsherr Michael Höckmann fordert darüber hinaus ergänzende Angaben zu den finanziellen Aufwendungen und den erzielten Einnahmen des Angebots.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass der Fahrradverleih nicht als gewinnorientiertes Angebot konzipiert ist, sondern in erster Linie der touristischen Infrastruktur und der Attraktivitätssteigerung des

Standortes dient. Gleichzeitig wird im Ausschuss deutlich, dass vor dem Hintergrund der vorliegenden Nutzungszahlen die Bereitschaft für weitere finanzielle Mittel derzeit kritisch gesehen wird.

Im weiteren Verlauf wird die Verwaltung aufgefordert, dass sich zusätzlich auch der Wirtschaftsausschuss mit der Entwicklung und zukünftigen Ausrichtung des Fahrradverleihs befassen solle.

Bürgermeister Timo Natemeyer informiert aus dem Sachgebiet Mobilität.

Runder Tisch Radverkehr des Landkreises Osnabrück (Auftakt am 09.02.2026)

Der Landkreis Osnabrück habe am 09.02.2026 in Wallenhorst die Auftaktveranstaltung zum neu eingerichteten „Runden Tisch Radverkehr“ durchgeführt. Dabei seien Zielsetzung, Rolle und Arbeitsweise des Formats sowie der Stand des Radhaupttroutennetzes vorgestellt worden.

In der Aussprache habe breite Zustimmung zur Fortführung des Runden Tisches bestanden. Zugleich sei herausgestellt worden, dass für die Arbeitsfähigkeit insbesondere Klarheit über Auftrag, Transparenz der Priorisierung (nach welchen Kriterien und mit welcher Route begonnen werde) sowie eine verlässliche Rückkopplung in die Kommunen erforderlich seien. Umsetzbarkeit (Förderkullissen, Finanzierbarkeit, personelle Kapazitäten und politischer Wille vor Ort) müsse von Beginn an mitgedacht werden; ergänzend seien kurzfristig sichtbare „Quick Wins“ angeregt worden.

Fachlich sei erläutert worden, dass neben Netzlücken (Neubau) vor allem ein erheblicher Anteil des Bestands nicht mehr heutigen Standards entspreche und daher eine systematische Bedarfserfassung Grundlage jeder Priorisierung sein müsse. Als Kriterien seien u. a. Verkehrssicherheit, Nutzen/Verkehrsbedeutung, Zustand, Haupttroutenbezug sowie weitere Faktoren (u. a. Schwerlastanteile und Tourismusnutzen) benannt worden; hierfür seien Daten der Baulastträger, örtliches Wissen und Erhebungen vor Ort als wesentlich beschrieben worden.

Abschließend sei festgehalten worden, dass der Runde Tisch Empfehlungen erarbeiten könne, Beschlüsse jedoch bei Kreistag und Räten lägen; Mindermeinungen seien transparent zu dokumentieren. Für das Folgetreffen am 13.04.2026 sei angekündigt worden, offene Grundsatzfragen verbindlich zu klären (Rolle/Teilnehmerkreis, Kriterien und Gewichtung sowie Umfang, Standards und Zuständigkeiten der Bestandsaufnahme), um anschließend in eine umsetzungsorientierte Arbeitsphase zu wechseln.

Aufgrund eines technischen Problems weicht die Reihenfolge des Verwaltungsberichtes dieses Protokolls von der tatsächlichen Abfolge der Sitzung ab.

zu 4. Haushaltsplan 2026 -Maßnahmen für den Klimaschutz- Vorlage: BV/FD3/2026/789

Der Ausschuss für Klimaschutz, Mobilität und Umwelt berät die im Haushaltsplanentwurf 2026 vorgesehenen Maßnahmen in den Bereichen Klimaschutz, Mobilität und Umwelt. Die Verwaltung stellt die geplanten Maßnahmen sowie die dazugehörigen Mittelansätze vor. Insgesamt sind in diesen Schwerpunktbereichen mehrere größere Maßnahmen vorgesehen, deren Kostenschätzungen – soweit noch keine Ausschreibungen erfolgt sind – auf den Preisstrukturen des Jahres 2025 basieren.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der geplanten Biodiversitätsstrategie. Für deren Umsetzung sind für den Zeitraum von 2027 bis 2032 jährlich Mittel in Höhe von jeweils 30.000 Euro vorgesehen.

Im Ausschuss erfolgt eine kurze Aussprache zu den vorgesehenen Maßnahmen und den veranschlagten Haushaltsmitteln.

Der Ausschuss für Klimaschutz, Mobilität und Umwelt beschließt anschließend ohne Gegenstimme, dem Gemeinderat zu empfehlen, die vorgesehenen Maßnahmen und Haushaltsansätze für das Jahr 2026 entsprechend im Gesamthaushalt zu veranschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	9
Nein:	0
Enthaltung:	0

zu 5. Kommunale Wärmeplanung – Beschlussfassung

Vorlage: BV/FD3/2026/788

Der Klimaschutzmanager stellt dem Ausschuss das Verfahren der kommunalen Wärmeplanung der Gemeinde Bad Essen vor und erläutert den bisherigen Bearbeitungsprozess sowie die Beteiligung des Ausschusses, der beauftragten Fachbüros und fachspezifischer Akteure. Zudem wird auf die hohe Förderquote für die externen Ingenieurleistungen hingewiesen.

Er führt aus, dass die kommunale Wärmeplanung eine strategische Grundlage für die zukünftige Entwicklung der Wärmeversorgung im Gemeindegebiet darstelle und als Orientierungsrahmen für weitere Planungen diene. Rechtliche Verpflichtungen für Bürgerinnen und Bürger entstehen durch den Beschluss der Planung nicht.

Ratsherr Michael Höckmann merkt an, dass die im Bericht dargestellten Baualtersklassen aus seiner Sicht nicht in allen Bereichen mit der tatsächlichen Bebauung übereinstimmen. Anhand von Beispielen aus seiner eigenen Nachbarschaft weist er darauf hin, dass dort mehrere Gebäude in eine andere Baualtersklasse eingeordnet sein müssten, als es in der Darstellung der Analyse angenommen werde.

Im Zusammenhang mit der weiteren Umsetzung der beiden vorgeschlagenen Kerngebiete für ein Wärmenetz wird erläutert, dass eine eigene Machbarkeitsstudie nach der Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW) derzeit nicht weiterverfolgt werde, da potenzielle spätere Projektakteure entsprechende Studien in der Regel selbst erstellen. In diesem Zusammenhang berichtet der Bürgermeister Timo Natemeyer über bereits geführte Gespräche mit der GP JOULE GmbH. Das Unternehmen könne sowohl Planung, Bau als auch den späteren Betrieb eines möglichen Wärmenetzes übernehmen. Für eine Umsetzung sei zudem die Gründung einer Gesellschaft notwendig, an der sich die Gemeinde mit bis zu 50 % beteiligen könne, aber nicht müsse.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	8
Nein:	0
Enthaltung:	1

zu 6. Aktuelle Herausforderungen im ÖPNV
Schwerpunkt: Fahrpläne und Anschlussbeziehungen im Busverkehr (Gemeinde Bad Essen)
Vorlage: OV/FD3/2026/048

Der Ausschuss befasst sich mit den Auswirkungen des letzten Fahrplanwechsels im öffentlichen Personennahverkehr. Anlass der Beratung sind Rückmeldungen aus Politik und Bürgerschaft, wonach sich bei verschiedenen Busverbindungen Verschlechterungen bei Anschlüssen und Angebotsstrukturen ergeben haben. Die Verwaltung erläutert, dass der Landkreis Osnabrück Aufgabenträger des ÖPNV ist und die Planung über die PlanOS GmbH erfolgt. Bürgermeister Timo Natemeyer berichtet ergänzend, dass er sich gemeinsam mit Vertretern aus dem Wittlager Land am 26.02.2026 bei einem Antrittsbesuch mit dem neuen Geschäftsführer der PlanOS GmbH Ronald R. F. Lünser ausgetauscht habe und hebt dabei dessen Kompetenz sowie seine Erfahrung im Bereich der Nahverkehrsplanung hervor.

Im Ausschuss werden insbesondere Veränderungen auf der Linie S20 mit Einschränkungen bei einzelnen Verbindungen und Anschlüssen angesprochen. Auch die derzeitige Bedienung der Haltestellen „Leuchtenburg“ und „Eielstädter Spitze“ an Sonn- und Feiertagen wird thematisiert, da an der Haltestelle „Eielstädter Spitze“ eine Mobilitätsstation eingerichtet worden ist. Rats Herr Klaus Haasis sprach von einem „Schildbürgerstreich“, würdigte aber gleichzeitig, dass diese Situation erkannt wurde und zeitnah korrigiert werde.

Rats Herr Klaus Haasis äußert in diesem Zusammenhang Kritik an der aktuellen Fahrplangestaltung und bemängelt, dass aus seiner Sicht bestehende Planungen zu wenig weiterentwickelt würden. Er weist darauf hin, dass die Daseinsvorsorge im öffentlichen Nahverkehr nicht ausschließlich auf den Schülerverkehr ausgerichtet sein dürfe und ging im Anschluss weiter in die Tiefe der ÖPNV-Verbindungen. Rats Frau Angelika Kleine-König bedankt sich für diese Hinweise und betont ergänzend die Bedeutung einer verbesserten Verbindung in Richtung Melle.

Rats Herr Ralf Lange erkundigt sich zudem nach den Gründen für den Wegfall einer Verbindung der Linie S20 werktags zur Stunde 7.00 Uhr. Bürgermeister Timo Natemeyer weist darauf hin, dass der Beschluss des Kreistages ursprünglich eine Bedienung dieser Verbindung im Zeitraum zwischen 7.00 Uhr und 18.00 Uhr vorgesehen habe.

Die Verwaltung nimmt die Hinweise aus der engagierten Diskussion auf. Die angesprochenen Punkte sollen gebündelt an die zuständigen Stellen weitergeleitet werden mit der Bitte um Prüfung und Stellungnahme. Über mögliche Anpassungen oder weitere Entwicklungen solle zu einem späteren Zeitpunkt erneut im Ausschuss berichtet werden.

zu 7. Mitteilungen und Anfragen

Ratsfrau Angelika Kleine-König weist auf den geplanten Teilneubau des Rathauses hin. In diesem Zusammenhang äußert sie die Sorge, dass im Zuge der Bauarbeiten bestehende Bäume und Grünflächen entfallen könnten. Sie regt an, bei möglichen Eingriffen in den Baumbestand oder in Grünflächen frühzeitig Ersatzmaßnahmen vorzusehen.

Nachdem weitere Wortmeldungen nicht erfolgen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 19:02Uhr.

Dr. Hans-Georg Kok
Vorsitzender

Matthias Borchert
Protokollführer